

SHORT NEWS

Viel Schwein, viel Schaden

Nun ist es amtlich: Der Schaden durch Wildschweine ist in Luxemburg besonders groß - weil die Wilddichte besonders hoch liegt. Eine Studie von Laurent Schley und Ady Krier von der Forstverwaltung schätzt, dass es 2006 acht Mal mehr Wildschweine in Luxemburg gab als 1971 - in der gleichen Zeit stieg der Wildschaden doppelt so schnell, um 1.600 Prozent. Die statistische Auswertung ergab, dass beide Variablen stark zusammenhängen. Beim Tauziehen um ein neues Jagdgesetz dürfte diese Studie den JagdkritikerInnen Munition liefern: Die Autoren haben festgestellt, dass die Schäden sehr ungleichmäßig verteilt sind. Mit anderen Worten, bestimmte Jagdpächter schießen zu wenig und füttern zu viel. Pikant ist, dass unter den „top four“-Gemeinden Colmar-Berg und Fischbach sind, in denen der Großherzog seine Reviere hat. Schley und Krier fordern, man solle generell den Jagddruck erhöhen und die Anpflanzung von Mais an Waldrändern einstellen. Vor allem fordern sie ein integrales Wildfütterverbot, einer der Punkte, die am heißesten diskutiert werden. Die Meldung über die Studie, die vom Umweltministerium verbreitet wurde, dürfte dazu dienen, das Terrain vorzubereiten für die Vorstellung eines neuen Jagdgesetzes in den kommenden Wochen.

Alternatives internationales, au Kosovo et ailleurs

C'est par un schéma de vache à dépécer que la couverture du numéro de mars d'Alternatives internationales représente la politique agricole de l'Union européenne (PAC). Le sujet fait l'objet d'un dossier de 18 pages, présentant les enjeux essentiels du réexamen de la PAC que les 27 pays réexamineront cette année. Un second dossier traite des mesures à prendre à l'égard de dictatures. Il présente des exemples et analyse les pour et les contre de sanctions internationales. Deux articles traitent du Kosovo, sujet hautement actuel, et ce de manière informative et impartiale : y est présentée l'histoire des peuplements et son instrumentalisation politique par les deux côtés, et nous apprenons que contrairement aux Bosniaques, l'identité albanaise kosovare est linguistique et non religieuse. Parmi les nombreuses autres contributions, signalons trois superbes mini-photoreportages d'une double page chacun, sur le rock underground à Pékin, sur les plages de vacances de la mer Noire et sur le viol comme arme de guerre. L'abonnement à ce trimestriel donne également accès aux ressources en ligne sur www.alternatives-internationales.fr

woxx@home

Bullenschutz

Polizei und Presse, ein Zusammenspiel, das nicht nur in Luxemburg nicht immer zur Zufriedenheit aller funktioniert. „Wegen verschiedener Vorkommnisse, die ein gestörtes Verhältnis einzelner Polizeiorgane zu Journalisten erkennen ließen“, werden jetzt an sämtliche anerkannten JournalistInnen spezielle Erkennungsmarken ausgegeben, die sie während „Ereignissen, bei denen sowohl die Polizei als auch die Presse berufshalber im Einsatz sind“ tragen sollen. Die Polizei verspricht, die TrägerInnen der Plaketten nicht mit Knüppel oder gar Knarre aufs Korn zu nehmen, während die MedienvertreterInnen sich verpflichten, den Deontologiekodex der Luxemburger Presse zu respektieren. Dazu müssen sie ihren Presseausweis in eine Art transparenten Scheckkartenhalter stecken und sich das Ganze um den Hals hängen. Das wirft nicht nur ästhetische Fragen auf. Ungeklärt auch, ob als Journalisten getarnte Polizisten sich diesen „Bullenschutz“ ebenfalls umhängen dürfen. Schließlich ist ein etwaiger Todesschuss derzeit nicht durch den Deontologiekodex der Journalisten abgedeckt.

AKTUELL

PROSTITUTION

Erziehung der Freier

Christiane Walerich

Mit ihrem Gesetzesentwurf will Lydie Err nicht die Prostitution an sich, sondern die Freier verurteilen - und zwar zu gemeinnützigen Arbeiten.

Aus zwei wird eins. Der neue Gesetzesvorschlag zur Prostitution, der diese Woche von der LSAP-Deputierten Lydie Err vorgestellt wurde, bezieht Elemente aus gleich zwei Modellen zur Regelung der Sexarbeit ein - nämlich dem schwedischen und dem holländischen. Das luxemburgische Modell soll den Prostituierten auch weiterhin die Möglichkeit bieten, sich bei der „caisse des indépendants“ sozial abzusichern, ohne sich deshalb outen zu müssen. Dies sei der Nachteil der liberalen Prostitutionsgesetzgebungen in Holland und Deutschland, wo Prostitution als normaler Beruf anerkannt wird und die Prostituierten sich für ihre Sozialversicherung auch offiziell als solche registrieren lassen müssen. Viele seien nicht bereit, sich in diesen Rahmen einzufügen. Auch funktioniere die Legalisierung nur bei Frauen, die über ein Bleiberecht sowie eine Arbeitserlaubnis verfügen. Deshalb sei laut Err bis zu 75 Prozent der in Holland und Deutschland betriebenen Prostitution illegal.

Nach Wunsch von Lydie Err sollte Luxemburg der New Yorker Konvention verpflichtet bleiben, die 1949 als Reaktion auf die lang andauernde Diskriminierung von Prostituierten beschlossen wurde: Diese Konvention stellt nicht das Phänomen der Prostitution an sich unter Strafe, sondern will die Prostituierten schützen.

Das Gesetz von 1984 über Zuhälterei etwa berücksichtige einige Aspekte der New Yorker Konvention. Andererseits gilt das Anwerben von Freiern an nicht vorgesehenen Orten und Zeiten als strafbar. Nach Meinung von Lydie Err sollten hier nicht die Prostituierten, sondern - wie beim schwedischen Modell - der Kunde belangt werden. Jedoch nicht durch Bestrafung: „Wir sind davon überzeugt, dass man mit Geld- und Gefängnisstrafen nicht gegen die Prostitution vorgehen kann“, so die Abgeordnete, die stattdessen für Sensibilisierungsmaßnahmen plädiert. „Jene, die als Kunden erwischt werden, sollten eher zu gemeinnützigen Arbeiten verpflichtet werden - etwa im Drop-In“, meint die LSAP-Deputierte. Auch sollte der Staat

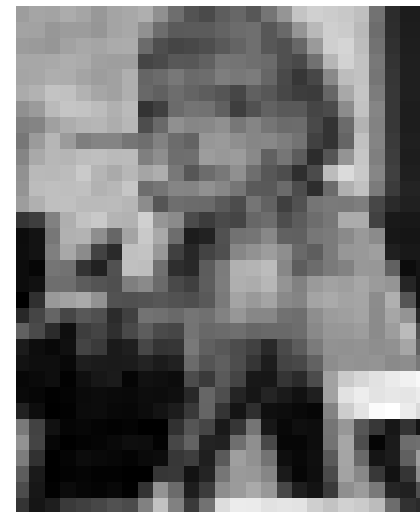


FOTO: WOXX

Lydie Err: Die Nachfrage nach Prostitution sanktionieren, nicht das Angebot.

dazu verpflichtet werden, Seminare zu organisieren, in denen Kunden mit den Folgen der Prostitution konfrontiert werden.

„Bei der Prostitution wird mehr Geld gemacht als über Waffen- oder Drogenhandel“, stellt Err fest. Aller Gesetzgebung zum Trotz, wachse sie stetig an. So hätten sich in Spanien die Zuhälter in einer Gewerkschaft zusammengenommen, um die Regulierung der Prostitution zu verlangen. „Das lässt darauf schließen, für wen das liberale System am interessantesten ist“, meint Err. Deshalb habe die schwedische Herangehensweise den Vorteil, die Nachfrage der Prostitution zu sanktionieren, während bisher immer nur auf das Angebot reagiert wurde. Wie jedoch die konkrete Umsetzung vor Ort aussehen könnte, ob etwa das Personal der Polizei aufgestockt werden soll, um potenzielle Kunden zu überführen - darüber verriet Lydie Err nichts.

Stattdessen erwartet die LSAP-Deputierte, dass das Gesetz längerfristige Signale setzt und es für Kunden weniger interessant wird, auf den Straßenstrich zu gehen. Eine Legalisierung der Prostitution führe hingegen nur dazu, dass etwa Kinder denken, der Kauf einer sexuellen Dienstleistung sei das Normalste auf der Welt. „Wenn etwas erlaubt ist, dann wird es dadurch auch banalisiert“, befürchtet Err. Ob diese Schlussfolgerung sich auch auf die Euthanasie anwenden lässt?